

## Extremismus in Plauen: Kritik an Vorstoß des Sozialbürgermeisters

OB-Wahl 2021 Steffen Zenner hat sich hinter die CDU-Ratsfraktion gestellt, dem Bündnis für Demokratie die städtischen Gelder abzuerkennen. Zugleich will er ein neues Gremium etablieren. Was sagen dazu seine Mitbewerber um das Oberbürgermeisteramt?

---

VON SWEN UHLIG

---

PLAUEN - Exakt 22 Tage nach der umstrittenen Ratsentscheidung um die gekappte Finanzierung des Bündnisses für Demokratie, Toleranz und Zivilcourage hat sich auch Plauens Sozialbürgermeister und CDU-OB-Kandidat Steffen Zenner in der Extremismus-Debatte zu Wort gemeldet. In einer Erklärung verteidigt er die Argumentation der CDU-Fraktion im Stadtrat, die sich gegen das Weiterreichen der 8000 Euro vom Runden Tisch an das Bündnis ausgesprochen hatte. Das Votum der Christdemokraten Ende März im Stadtrat gemeinsam mit AfD und Drittem Weg hatte ein überregionales Echo ausgelöst. Tenor: Die CDU in Plauen mache gemeinsame Sache mit Rechten und Rechtsextremen.

Laut Zenner hätte „eine exklusive Finanzierung des Bündnisses“ andere Akteure benachteiligt, die sich ebenfalls um Demokratiebildung in Plauen bemühen. Zugleich kündigte er an, er wolle sich nach der Oberbürgermeisterwahl mit allen demokratisch gesinnten Kräften treffen, „das Vergangene aufarbeiten und um eine künftige Teilnahme an einer neuen Vereinigung zum Schutz und Ausgestalten der Demokratieprozesse in unserer Stadt bitten“.

Mitbewerber um das Oberbürgermeisteramt sehen die Ankündigung kritisch. Der Vorschlag sei wenig konkret, sagte Silvia Queck-Hänel, die als Einzelkandidatin mit Unterstützung von SPD, Linken und Grünen antritt. Sie plädiert für die Bildung eines

Gremiums, in dem nicht nur Parteien, sondern alle Gruppierungen der Zivilgesellschaft eingebunden werden müssten wie Vereine, Jugendeinrichtungen, Arbeitslosenhilfe, Sozialarbeiter – mit Ausnahmen von Extremisten, wie sie betont. Keine Gruppierung dürfe in dem Gremium dominieren, bei Entscheidungen sollte das Mehrheitsprinzip gelten. Zudem sollte das Thema Extremismus-Prävention Chefsache werden. „Wenn sich ein Stadtoberhaupt nicht darum kümmert, ist es zum Scheitern verurteilt“, so Queck-Hänel.

Als reinen Wahlkampf bezeichnete OB-Kandidat Andreas Ernstberger die Erklärung Zenners. Der hätte sich längst um das Thema kümmern können, „schließlich ist er seit vielen Jahren Bürgermeister“, so Ernstberger. Nach seinen Worten habe der Runde Tisch nicht viel gebracht, weil es nicht ausreichte, nur den Rechtsextremismus zu bekämpfen. Die wirklichen Gründe für die Radikalisierung sei der Mangel an kulturellen und sportlichen Angeboten. „Es ist doch ein soziales Problem, wenn sich junge Leute radikalieren“, erklärte er. Die Kommune könnte zum Beispiel einen Waldsportplatz oder einen Bolzplatz im Stadtpark schaffen. Zudem müsse man auf Sportvereine zugehen, damit auch Angebote wie Kampfsport oder Boxen gefördert werden, um „junge Leute von der Straße zu holen“, wie Ernstberger erklärt.

OB-Kandidat Ingo Eckardt, der trotz seiner CDU-Mitgliedschaft bei der OB-Wahl als Einzelkandidat antritt, betonte, ein wie auch immer geartetes Gremium in der Stadt müsse ehrenamtlich arbeiten. Das Geld, das die Kommune zur Verfügung stellt, sollte ausschließlich für Aktivitäten gegen Extremismus zugute kommen. Es brauche in Plauen Alternativangebote für Leute, die gefährdet seien, sich zu radikalieren, so Eckardt. „Eine Hausaufgabenhilfe muss doch nicht beim Dritten Weg sein, das können wir doch besser, und dafür muss Geld bereitstehen“. Die OB-Kandidaten Lars Buchmann und Thomas Haubenreißer (FDP) waren am Donnerstag für eine Stellungnahme nicht erreichbar.

Auch das Bündnis für Demokratie, Toleranz und Zivilcourage hat auf seiner Facebookseite eine Erklärung veröffentlicht. Darin heißt es, man habe darauf gehofft, sich nach der Ratsentscheidung wieder auf das eigentliche Ziel konzentrieren zu können – den Einsatz für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit. „Leider finden wir keine Ruhe“, heißt es. Was damit konkret gemeint ist, ließ man offen. Zugleich wurde bekannt, dass die Bundestagsfraktion der Linken das Bündnis in Plauen mit einer Spende von 1500 Euro unterstützt. Bereits zuvor waren über Spenden für die Gruppierung 8000 Euro zusammengekommen.

» Internet: <https://www.freipresse.de/vogtland/plauen/extremismus-in-plauen-kritik-an-vorstoss-des-sozialbuergermeisters-artikel11459255>

© Copyright Chemnitzer Verlag und Druck GmbH & Co. KG